

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Josef Schmid

ANTRAG

24.01.2013

Zukunft der Gartenstädte in München

1. Die Stadtverwaltung setzt eine Arbeitsgruppe Gartenstädte unter Beteiligung externer Sachverständiger sowie der Gartenstadtbündnisse ein mit der Zielsetzung, binnen eines halben Jahres verbindliche Entwicklungsziele für die Gartenstädte zu formulieren und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Das Planungsreferat erarbeitet, vergleichbar dem Modell der Gemeinde Neubiberg, Rahmenpläne für die Gartenstadtbereiche. Dazu werden die Personalkapazitäten im Referat für die Dauer des Projektes im erforderlichen Umfang aufgestockt.

Begründung:

Die Stimmen zum Erhalt der Münchner Gartenstädte sind höchst unterschiedlich. Die Stadtbaurätin sagt zwar, dass die Gartenstädte bei ihr nicht im Fokus der Nachverdichtung stehen, im Rahmen des städtischen Projektes „Langfristige Siedlungsentwicklung“ zur Blockrandbebauung werden aber genau solche Überlegungen angestellt.

Auch für den SPD-Fraktionsvorsitzenden steht die Verdichtung der bislang locker bebauten Quartiere im Vordergrund, man käme an dünner besiedelten Vierteln wie den Gartenstädten nicht vorbei. Für die Mietervereinsvorsitzende, gleichzeitig SPD-Stadträtin, werden manche weniger Grün vor der Tür haben, was aber hinzunehmen sei, denn „wenn die Gartenstadt ihren Charakter verliert, wird niemand vertrieben...Heimat darf nicht den Anspruch haben, unverändert zu bleiben.“

Es ist daher an der Zeit, für die plan- und maßvolle Entwicklung und Zukunft der Gartenstädte verbindliche Ziele festzuschreiben. Dies soll im Rahmen der beantragten Arbeitsgruppe erfolgen.

Bei der Erarbeitung einer Rahmenplanung kann auf die Erfahrungen der Gemeinde Neubiberg zurück gegriffen werden. Folgendes soll für München erarbeitet werden:

- Filterung der Gebiete mit Handlungsbedarf, z.B. einzelne Quartiere,

- Analyse der planerischen Grundlagen/der Situation,
- darauf aufbauend Erstellung rahmenplanerischer Überlegungen.
- Diese dienen als Grundlage für Beratungsgespräche mit Bauträgern und stellen sowohl für die Verwaltung als auch für Bauherren eine verlässliche und nachvollziehbare Grundlage des Handelns dar.

Josef Schmid
Fraktionsvorsitzender